

N i e d e r s c h r i f t

über die am 27.1.1950 stattgefundene Beratung der Vertreter der Landesgesellschaften (gemäss § 3 des 2. Verstaatlichungsgesetzes).

Am heutigen Tage fand unter Vorsitz des geschäftsführenden Präsidenten der NEWAG, Herrn Landesrat MÜLLNER, eine Beratung der Vertreter der Landesgesellschaften in Wien statt, bei der nachstehende Herren anwesend waren, und zwar:

für die KELAG (Kärnten) Herr Dir. SCHATZMAYR

" " NEWAG (Niederösterreich) die Herren Gen. Dir. Dr. Ing. JUNGWIRTH, Dir. Ing. OFENBÖCK, Dir. Dr. SKACEL

" " OKA (Oberösterreich) Herr Gen. Dir. HOLZINGER

" " SAFE (Salzburg) Herr Dir. SAFFER

" " STEWAG (Steiermark) Herr Gen. Dir. TANZER

" " TIWAG (Tirol) Präs. FLÜRSCHHEIM und Dir. Dr. KOCH

" " VKW (Vorarlberg) Dir. Ing. FÜRST

In längerer Aussprache wurde zu den Bestrebungen des Hauptverbandes der Landesarbeitsgemeinschaften kommunaler Wirtschaftsunternehmungen Österreichs und des Betriebsräte-Exekutivkomitees der kommunalen E-Werke Österreichs, die eine Novellierung des 2. Verstaatlichungsgesetzes hinsichtlich Herausnahme der Gemeinde E-Werke aus der Verstaatlichung anstreben, Stellung genommen.

Man kam zu der einheitlichen Auffassung, dass eine Teilnovelli

rung des 2. Verstaatlichungsgesetzes nicht in Erwägung gezogen werden kann. Falls eine Novellierung des Gesetzes in Erwägung steht, dann könnte nur eine Gesamtnovellierung des 2. Verstaatlichungsgesetzes erfolgen.

Interessant war die Feststellung, dass mit Ausnahme von Steiermark und Wien sämtliche Landesgesellschaften im Rahmen des 2. Verstaatlichungsgesetzes E-Werke übernommen haben und es aus wirtschaftlichen Gründen untragbar wäre, die durchgeführten Verstaatlichungen rückgängig zu machen. Die Vertreter der Konferenz vertreten vielmehr die Auffassung, dass die Verstaatlichung der noch selbständigen E-Werke weit weniger wirtschaftliche Probleme aufrollen, als die Rückgängigmachung der bereits durchgeführten Verstaatlichungen. Für NEWAG-Belange bedeute die Rückgängigmachung der Verstaatlichung die Zerschlagung der Landesgesellschaft (?). Speziell Kärnten hat die grossen bisher selbständigen E-Werke verstaatlicht und sehe in der Herausnahme der Gemeinde E-Werke aus dem Gesetz eine schwere wirtschaftliche Schädigung des Unternehmens, zumal die KELAG vor Erlassung des 2. Verstaatlichungsgesetzes jehes Elektrizitätsversorgungsunternehmen war, das nur einen Bruchteil der Landesversorgung in ihrem Programm hatte. Nur durch die Verstaatlichung sei sie ein Unternehmen von wirtschaftlicher Bedeutung und Tragweite geworden. Auch Tirol und Vorarlberg, die bei Erlassung

des Gesetzes Gegner der Verstaatlichung waren, vertreten
den Standpunkt, dass das Gesetz keine Teilnovellierung
erlaube. Sie vertreten primär den Gedanken, dass bei einer
Novellierung die berechtigten Wünsche ihrer Länder Berücksichtigung finden müssen. Im Falle Tirol wäre dies die
Herausnahme der Kraftwerke Gerlos und Bösdornau, welche in
die Sondergesellschaft Tauernkraftwerke A.G. einbezogen
werden sollen.

Es wurde auch festgestellt, dass die TIWAG indessen die E-Werke
der Stadt Lienz und die Vorarlberger Kraftwerke A.G. das
E-Werk der Stadt Bludenz im Rahmen des 2. Verstaatlichungs-
gesetzes, letzteres zum 1. Jänner 1950, übernommen haben. Die
Übernahmen waren freiwillig, jedoch mit den Vorteilen des
Verstaatlichungsgesetzes (Gebührenfreiheit).

In der Konferenz, an der auch Ministerialrat Ed. HARTIG teil-
nahm, wurde vom Genannten darauf hingewiesen, dass die
bisherigen Erträge aus den Gemeinde E-Werken keine ausschliess-
liche widmungsmässige Verwendung fanden. Anstatt diese Er-
träge zur Retablierung der Anlagen zu verwenden, werden diese
Gelder zu anderen Gemeindezwecken, wie Schulbauten, Spitäler,
Wasserleitung^{en}/usw. herangezogen. Dies bedeutet, auf die Dauer
gesehen, einen wirtschaftlichen Raubbau an der Energiever-
sorgung.

Mit besonderem Nachdruck wurde erwähnt, dass nur dann eine Landesgesellschaft in der Lage ist, grössere Leitungsbauten durchzuführen, wenn das ganze Landesgebiet energiewirtschaftlich eine Einheit bildet. Die Landesgesellschaften sind nicht in der Lage, die mit Hilfe von ERP-Geldern elektrifizierten landwirtschaftlichen Streusiedlungen energiewirtschaftlich zu betreuen, wenn die energiewirtschaftlich ertragsreichen Gebiete den Städten überantwortet werden sollen.

Sollte eine Gesamtnovellierung in Frage kommen, so beanspruchen die Länder das autonome Recht der Energiewirtschaft, d.h. die Verbundgesellschaft würde zu bestehen aufhören.

Hier stehen sich nicht nur Parteiensicht gegen Parteiensicht, sondern auch energiereiche Länder energiewirtschaftlich schwachen Ländern gegenüber. Es tritt das Problem zu Tage, die gesamte Verstaatlichung rückgängig zu machen und auf den status quo vor 1947 zu führen oder eine restlose Verstaatlichung durchzuführen.

Einmütig wurde auch der Gedanke festgehalten, dass es im Interesse der Landesgesellschaften und der weiteren Verstaatlichungen gelegen wäre, wenn die im § 2 angekündigte gesetzliche Regelung über die Leistung der angemessenen Entschädigung vom Gesetzgeber raschest beschlossen werden würde.

Landesrat Müllner erwähnt u.a. dass zur gleichen Zeit eine Betriebsrätekonferenz des Gewerkschaftsbundes der Arbeiter in der Energieversorgung stattgefunden hat und teilt abschliessend mit, dass sich auch der Gewerkschaftsbund mit dem gesamten Fragenkomplex befasse. Ferner sei auch eine gemeinsame Beratung im Gewerkschaftsbund in Anwesenheit des Bundesministers Dipl.Ing.WALDBRUNNER am 3. Februar 1950 geplant, bei der der Gewerkschaftsbund seine Stellungnahme zur Verstaatlichungsfrage beziehen wird.

KvVI



REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesminister für Verkehr
und vereinstaatlichte Betriebe

A.Nr. 2346/50.

Wien, den 17. Juli 1950.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler !
Lieber Freund !

In der vor wenigen Tagen im Parlament stattgefundenen Aussprache hast Du mir auf Grund von Dir zugegangenen Informationen eine Reihe von Vorhaltungen gemacht, die ich Dir sofort beantwortete. Inzwischen habe ich in die mir hier vorliegenden Akten und Aufzeichnungen Einsicht genommen und will noch einiges ergänzend dazu bemerken:

↳ Natürlich habe ich bei meinem Besuch in Kärnten nicht, wie behauptet wird, die Teilnahme von Vertretern der Volkspartei verhindert bzw. gar ergangene Einladungen abbestellt. Für die Eröffnung der Lithoponefabrik in Gailitz hat mir der öffentliche Verwalter eine Liste der Einzuladenden vorgelegt, die ungefähr 150 Personen umfaßte. Man wollte außerdem für diese Festgäste ein entsprechendes Essen vorbereiten. Ich ließ durchsagen, daß ich soetwas für einen Unsinn halte und es durchaus genügt, wenn von Seiten der Regierung die Vertreter des hiesigen Bundesministeriums und von Seiten des Landes die Vertreter der Landesregierung sowie der Bezirkshauptmannschaft zugegen sind. Der öffentliche Verwalter scheint die Sache nicht sehr geschickt behandelt zu haben, denn viel früher als Du an mich herangetreten bist, bekam ich von Seiten des Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterkammer Kärnten den gegenteiligen Vorwurf, weil sie auch nicht geladen waren. Es ist selbstverständlich, daß weder ich noch mein Sekretariat

darauf Einfluß nahmen, wer von der Landesregierung erscheinen sollte. Vom hiesigen Ministerium waren neben mir noch ein diensttuender Sekretär und die Herren Sekt.Chef Dr.Straubinger und Referent Ing.Kaan gekommen. Von den beiden letzten kann niemand behaupten, daß sie Sozialisten wären. >

Wie wenig die Behauptung stimmt, daß mein Besuch in Kärnten nur unter sozialistischer Beteiligung gedacht und ausgeführt wurde, beweist ja die Teilnahme aller politischen Parteien und öffentlichen Funktionäre an der Eröffnung der elektrifizierten Strecke Spittal-Villach der Österreichischen Bundesbahnen. Auch die Besuche in St.Andrä (Kraftwerksneubau) und bei der Lavanttaler-Kohlenbergbau A.G. waren in keiner Weise politisch einseitig vorbereitet. Das nur als tatsächliche Feststellung zu diesem Besuch in Kärnten, ohne mich in eine Polemik darüber einzulassen, was sich diesbezüglich Minister Deiner Fraktion verschiedentlich geleistet haben.

Was die Verhältnisse bei der Bundesbahn anbelangt, so halte ich nochmals fest, daß keine personellen Maßnahmen geschehen sind, die sich nicht voll und ganz vertreten lassen. Du weißt selber, daß zwei der in diesem Halbjahr durch Pensionierung ausgeschiedenen Sektionschefs unsere Parteimitglieder waren. Du wirst mir nicht nachweisen können, daß wir Sozialisten durch die Neubesetzungen eine Vergrößerung dieser Zahl erreicht haben. Das Gegenteil ist, wie ich Dir sagte, der Fall. Davon aber ganz abgesehen ist die besonders beanstandete Besetzung des Postens eines Baudirektors meiner Überzeugung nach sachlich völlig in Ordnung. Ich habe Dir auf jede Deiner wiederholt geäußerten Forderungen, Herrn Dipl.Ing.Weiss zum Baudirektor zu bestellen, geantwortet, daß ich Dir nichts zurechnen kann, weil ich mich um einen geeigneten Ersatz für den ausgeschiedenen Direktor Sekt.Chef Ostersetzer umsehe. Herr Dipl.Ing.Hugo Rainer ist 1888 geboren und bereits 1912 als Ingenieur in den Eisenbahndienst eingetreten. Er hat alle

Sparten des Baudienstes bei den Österreichischen Bundesbahnen durchgemacht und auch in der Generaldirektion lange Jahre Dienst getan. Dipl.Ing.Rainer ist ein anerkannter Baufachmann, der in seinen Erfahrungen unbedingt über Dipl.Ing.Weiss zu reihen ist. Nachdem seine politische Rehabilitierung lange vor meiner Zeit - bereits im Jahre 1947-erfolgte und das Personal diesem Manne nichts Nachteiliges nachzusagen hatte, sondern ihn nur lobte, so kann meine Entscheidung nur bei böswilliger Auslegung als unsachlich dargestellt werden. Herr Dipl.Ing.Weiss kann sich in keiner Weise übergangen sehen, denn er ist 1902 geboren und 1927 - also 15 Jahre später als Ing.Rainer - zu den Bundesbahnen gekommen. Er war 1938 für einige Zeit außer Dienst gestellt, wurde dann aber mit 1.September 1938 wieder zum Dienst zugelassen. So kam auch Dipl.Ing.Weiss für eine Wiedergutmachung nur nach der Bestimmung des § 4, Absatz 5, dieses Gesetzes in Betracht, da er während der Nazi Herrschaft aus dem Dienst nicht ausgeschieden war. Dipl.Ing.Weiss ist unter Bedachtnahme auf diese Bestimmung von der Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen am 23.April 1946 zum Vorstand der Bauabteilung der Bundesbahndirektion Villach ernannt und mit 1.September 1946 als Vizepräsident der Bundesbahndirektion Villach in die Gehaltsgruppe X der Besoldungsordnung der Österreichischen Bundesbahnen übergeleitet worden. Mit der Ernennung zum Abteilungsvorstand und mehr noch mit der Bestellung zum Vizepräsidenten der Bundesbahndirektion Villach hat er eine ganz außergewöhnliche Förderung erfahren. Sein dienstlicher Aufstieg seit 1945 reicht über den Rahmen einer Wiedergutmachung weit hinaus, denn auf diese Art hat er bereits mit 44 Jahren schon die höchste Gehaltsgruppe im Gehaltsschema der Österreichischen Bundesbahnen erreicht. Zwischen hat Herr Dipl.Ing.Weiss über mein Einschreiten auch den Titel eines Hofrates bekommen. Es kann niemand behaupten, daß er eine ihm gebührende Wiedergutmachung nicht erlangt hat und seinem Alter und Können entsprechend nicht verwendet wird.

Ähnlich liegt der Fall mit dem durch die eben in Durchführung begriffene Reorganisation der Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen freigewordenen Herrn Ministerialrat Dr.Hans Fuchs. Wie ich Dir schon in meinem Schreiben vom 7.ds. unter Zl.13331/50 Pr. mitteilte, hat mir der Generaldirektor der Österreichischen Bundesbahnen bekanntgegeben, daß er für Herrn Min.Rat Dr.Fuchs eine gleichwertige Verwendung nicht hat und ihn daher für eine Verwendung in einer anderen Sektion des Ministeriums empfiehlt. Herr Min.Rat Dr.Fuchs hat sich ebenfalls auf Wiedergutmachungsansprüche aus dem Opferfürsorgegesetz gestützt und rangmäßig einen allen Ansprüchen gerecht werdenden Aufstieg gemacht. Nach den Beschreibungen, die ich habe, ist das Können kein solches, daß man ihn an jeden Platz dieser Rangsklasse setzen könnte. Ich habe darum den Posten eines Leiters der Arbeitsinspektion für den gesamten Bereich des Ministeriums (Bahn, Post, Schiff- und Luftfahrt) innerhalb der Sektion I für ihn in Aussicht genommen und freigelassen. Ich bin absolut nicht der Meinung, daß dieser Posten unter der Würde eines Ministerialrates ist und kann nicht verstehen, daß Herr Min.Rat Dr.Fuchs bis zu Dir geht, um den Eintritt dieses Postens zu verhindern.

Was die im Sektor Bundesbahnen noch immer diskutierte Frage der Bahnhofsgottesdienste betrifft, so kann ich nur immer wieder meinem Befremden darüber Ausdruck geben, daß Du ständig auf diese Sache zurückkommst. Die Besprechungen mit den Vertretern der katholischen Kirche in dieser Angelegenheit wurden durchaus sachlich geführt und es wäre sicher längst Ruhe gewesen, wenn nicht durch eine APA- und Radiomeldung über eine Zusage ihrerseits die eindeutig politisch orientierte "Katholische Aktion" neuen Ansporn bekommen hätte. Darum habe ich auch am Freitag, den 3.Juli ds.J., in einer persönlichen Aussprache mit Ihrer Eminenz, Herrn Kardinalerzbischof Dr.Innitzer, ausführlich sachlichen Gründe für die im h.o. Ministerium getroffene

Entscheidung dargestellt. Die Vertreter der Kirche wissen ganz genau, daß mit dieser Entscheidung keinerlei ablehnende Haltung gegenüber der katholischen Kirche verbunden ist und daß besonders ich gerne mithelfen werde, bei allen Lösungen, die den Frühgottesdienst für Reisende ermöglichen, ohne daß dafür die für den Verkehr erforderlichen Bahnhöfe herangezogen werden müssen.

Mit der eingangs dieses Schreibens zitierten persönlichen Aussprache mit Dir und diesen jetzigen Ausführungen halte ich auch Deine Schreiben vom Juni dieses Jahres Zl. 2643-PrM/50 und 2873-PrM/50 für beantwortet, mit denen Du mir verschiedene Resolutionen, die auf die Bahnhofsgottesdienste Bezug nehmen, zugehen liebest.

Ich glaube abschließend sagen zu können, daß eine Reihe einseitiger und, wie ich es sehe, unrichtiger Informationen Dich zu der Meinung veranlaßten, daß ich mich Dir und Deiner Partei gegenüber illoyal verhalte. Mir ist das völlig fernegelegen und der beste Beweis dafür ist die unendliche Geduld, mit der ich mich bemühe, im Ger-Ausschuß ein Einvernehmen mit den Vertretern Deiner Partei zu finden, um für die verstaatlichten Betriebe doch endlich eine zweckmäßige Organisation und geeignete Leitung zu erreichen. Leider ist mir das nach mehr als halb-jährigen Bemühen noch immer nicht gelungen, weil Herr Minister a.D. Dr. Krauland eine eindeutige Politisierung dieser Unternehmungen anstrebt und fachliche und sachliche Beweggründe zumehr völlig von ihm zurückgestellt wurden. Ich habe die schweren Bedenken einem solchen Vorgehen gegenüber den Vertretern Deiner Partei auch gesagt und wir werden in der nächsten Zeit sehr ernst dieses Problem bereden müssen, weil ich außerstande bin, auf die Dauer dazu zu schweigen und die Verantwortung für die Mißstände und den Schaden, der sich daraus für den Staat ergibt, zu tragen. Ich bin überzeugt, daß wir in unserer Zusammenarbeit, die wir beide wünschen und für die wir in

Blatt 6 zu
A.Nr.2340/50

diesen Jahren so manchen Beweis geliefert haben, auch dieses
Problem meistern werden und grüße Dich in dieser Erwartung mit
dem Ausdruck meiner

vorzüglichsten Hochachtung

Lein
Waldkron

Landeskanzler Dr.h.c.Ing.Leopold Figl,
Landeskanzleramt,
Wien, I., Ballhausplatz 2.

1013

Min.Rat Dr. Hintze

Wien, am 1. September 1950.
De.

A u s s e r u n g

zu dem unter dem Titel "Größter Korruptionskandal seit 1945" in der Zeitung die Neue Front vom Donnerstag dem 24. August l.J. erschienenen Artikels.

In dem zitierten Artikel wird behauptet, daß ich Pachtansuchen "deutsche" Firmen nur dann bewillige, wenn entweder eine Krauland Gesellschaft pachtet, oder Krauland an der Pachtfirma irgendwie beteiligt wird.

Dazu ist folgendes festzustellen:

Ich bin für die Verpachtung der erwähnten Kategorie von Vermögenswerten erst seit Inkrafttreten des Kompetenzgesetzes, d.i. seit Februar 1950 zuständig. Seit diesem Zeitpunkt wurden 18 Verpachtungen genehmigt. Dies sind:

<u>Firma oder Liegenschaft:</u>	<u>an:</u>	<u>genehmigt:</u>
Landenburgische Elektrizitätsgesellschaft	Stadt Klagenfurt	Vorkommission zum 6-er Ausschus.
Wirth & Könenkamp	Rexim Ges.m.b.H.	Hr.BM.Dr.Margaretha
Werner Frauenbuchhandlung Adt Beyer	Franz Mayer	
Wirth & Ehinger Ges.m.b.H.	Labiske Ges.m.b.H.	am 20. Juni 1950
W. Lübold, Wildon	Ing.Gasser-Steiner	(lediglich Erneuerung eines alten Pachtvertrages unter Berücksichtigung eines vom Verwaltungsgerichtshof festgestellten Formfehler
Wollwarenfabrik Württemberg Kaufniederlassung Innsbruck	Ing.Fried.Rieder	am 17.3.1950
Wollwerke Imst, Liegenschaft	Brüller Wüster	am 21.2.1950
W. Helm Spetz K.G.	Wiener Modell-Ges.m.b.H.	am 20. Juni 1950
Werkerei Josef Otten	Dr.Josef Otten	am 19.6.1950 1014
W. Werke	Länderbank A.G.	Vorkommission zum 6-er Ausschus

<u>Firma oder Liegenschaft:</u>	<u>an:</u>	<u>genehmigt:</u>
Ofenbau	Mers Industrie-Ofen Ges.m.b.H.	grundsätzlich im Nov. 1949 genehmigt da Pachtgesellsch. Tochtergesellschaft der Österr. Magnesit A.G. mit Rückstellung ansprüchen an Mers Ofenbau)
oler Holzfaserplatten-rik, Wörgl,	Drach & Co, (CA)	Herrn Bundesminister Dr. Margaretha
Wiener Schauspielhaus	Arbeiterheim Ges.m.b.H.	Vorkommission zum 6-er Ausschuss
l Post	B.M.f. Land- u. Forstwirtschaft	(abgeschlossen am 21.3.49 d.Landesregierung formelle nachträgl. Genehmigung
Annerwald, lungheim Plansee	Josef u. Hermine Küstler	(abgeschlossen am 1.1.1949 d.Landesreg. formelle nachträgl. Genehmigung)

van Ray Verlag	Untermietvertrag mit Fr. Seemann namens d.Colomba Ges.m.b.H.	am 13.1.1950 (also vor dem Inkraft-treten des Kompetenz-gesetzes)
----------------	--	---

sser & Co., Arbeitsge-schaft und nicht Verpachtung	Pa. Hanzel & Co	Hr. Bundesminister Dr. Margaretha.
--	-----------------	------------------------------------

Marihilferstrasse 32
 Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß keine einzige Verpachtung eine der im Artikel genannten vom Bundesminister a.D. Dr. Krauland kündeten Gesellschaft verpachtet wurde. Es konnte lediglich festge-
 lt werden, daß an der Pachtgesellschaft Labitze die Friedrich Seemann
 ., K.G. unterbeteiligt ist. Hieszu darf festgestellt werden, daß die
 achtung an die Labitze Ges.m.b.H. schon in einem Zeitpunkt vorge-
 n war, da die Seemann & Co., K.G. überhaupt noch nicht exestierte.
 Mit diesen Unterlagen scheint der Hauptvorwurf bereits zur Gänze
 rüftet. Es würde sich daher an und für sich erübrigen, auf die Be-
 tung näher einzugehen, wie sich die Verpachtungen abspielen. Da diese
 uptung jedoch völlig aus der Luft gegriffen sind, muß ihnen im kon-
 en energisch entgegengetreten werden. Seitdem ich die Verantwortung
 die einschlägigen vier Abteilungen trage, ist nicht ein einziger

in Kaffe Carlton besprochen worden. Ob vor dem 1. Februar 1950 der-
ge Besprechungen mit dem vom Dienst suspendierten Reg. Rat Müller
stgefunden haben, vermag ich nicht zu beantworten.

Mit dem vorgelegten Tatsachenmaterial scheint aber auch die Be-
tutung völlig widerlegt, daß ich den Auftrag erhalte, "einen hin-
tlich einer Verpachtung Schwierigkeiten machenden öffentlichen Ver-
ter abuberufen und durch eine Kreatur Kraulands zu ersetzen, die
n natürlich prompt die Verpachtung an Herrn Krauland durchführt",
eine solche Verpachtung bisher noch gar nicht stattgefunden hat.

Selbstverständlich kommt es vor, und ist seit jeher vorgekommen,
öffentliche Verwalter, die keinen Rechtsanspruch auf ihre Funktion
en, dann abberufen wurden und werden, wenn sie sich einer wirtschaft-
a als notwendig erkannten Verfügung widersetzen.

Ob Sektionschef Dr. Otto Gleich ein scharfer Gegner des Krauland-
pfes ist vermag ich nicht zu beurteilen, weil mir von einem Krauland-
pf nichts bekannt ist. Auch das Verhandensein einer "Widerstandsbe-
ung" kann ich nicht bestätigen, zumindest nicht, soweit es sich um
mir unterstehenden Abteilungen handelt.

Ein Widerstreben gegen rechtlich und sachlich vertretbare Ver-
angen würde ich von Haus aus nicht dulden.

Ob meine Amtsführung ein Sammelsurium von Unfähigkeit und Un-
berkeiten ist, dies zu beurteilen überlasse ich meinem Vorgesetzten,
nen Auftraggebern und der Öffentlichkeit.

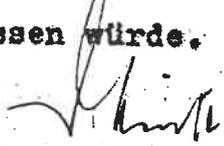
Es ist, wie alle übrigen Behauptungen des Artikels, eine Lüge,
mich Müller in einer Zeit allgemeiner Akademikerarbeitslosigkeit
erbrachte". Ich war im Zeitpunkt meiner Berufung in die steirische
iterkammer Präsidialist, Direktionssekretär und Abteilungsleiter
Landarbeiterversicherungsanstalt für Steiermark und der Landes-
tschaftskrankenkasse für Steiermark und als solcher Mitarbeiter des
wigtigen Bundeskanzlers Dr. Dollfuß und ein Mitgründer der landwirt-
ftlichen Sozialversicherung.

Es ist überaus bezeichnend, daß bei der Nennung der Österreichischen
llschaft für treuhändige Vermögensverwaltung m.b.H., nur jene Ge-
ftsführer namentlich angeführt werden, die der ÖVP angehören. Daß
dieser Gesellschaft zu 50 % die SPÖ beteiligt ist und die Geschäfts-
ter Kalcik, Runizka und Singer Exponenten der SPÖ sind, wurde wohl-
lich verschwiegen.

Es sind die sachlichen Motive, die zur Gründung dieser partei-
g paritätisch zusammengesetzten Gesellschaft geführt haben, über-

pt nicht erwähnt. Wer die Liste der Unternehmungen bzw. Vermögen-
aften durchsieht, für welche die Treuhandgesellschaft als Verwalter
(Fälle) oder als öffentliche Aufsicht (50 Fälle) oder als Ver-
ter von verpachteten Unternehmungen (19 Fälle) bestellt wurde,
sicht, wird bei einigem guten Willen, der allerdings bei Verleum-
nie vorausgesetzt werden kann, sofort feststellen können, daß es
überwiegend um Unternehmungen handelt, die wirtschaftlich gefährdet
oder deren Betriebe sogar stillgelegt werden mußten oder um res-
sims handelt.

Zum letzten Absatz des Artikels stelle ich nur nochmals fest,
ich mir ein Darschkreuzen meiner sachlich und rechtlich jederzeit
retbaren Anordnungen niemals bieten lassen würde.


(Dr. Hintze)

Kv VI

Wien, den 2. September 1950.
Ko.

Min. Rat Dr. Hintze.

G e d ä c h t n i s n o t i z

Über Auftrag des Herrn Bundesministers für Finanzen vom 28. August 1950 hat der Gefertigte mit dem auf Urlaub befindlichen Minister a.D. Nationalrat Dr. Peter Krauland Pöhlung genommen und ihm die Frage vorgelegt, ob und in welcher Weise gegen die Artikelschreiber vorgegangen werden soll.

Herr Bundesminister a.D. Nationalrat Dr. Peter Krauland gab zum gesamten Vorfall folgende Erklärung ab:

- 1.) Der ÖAAB und Herr Minister a.D. Nationalrat Dr. Peter Krauland persönlich, haben es in der Vergangenheit und werden es auch in Zukunft ablehnen, in derartigen und ähnlich gelagerten Fällen gegen Artikelschreiber vorzugehen, weil das österreichische Pressegesetz keine Gewähr bietet, dass die Ehre des Angegriffenen vollkommen wiederhergestellt werde, sondern es dem Angreifer noch möglich ist, weitere politische Schwierigkeiten hervorzurufen.
- 2.) Der anlässlich der Regierungs-Koalition zustande gekommenen Vereinbarung zwischen der Bundesparteileitung bzw. dem Herrn Bundeskanzler einerseits und dem ÖAAB andererseits lag u.a. auch das Motiv zugrunde, die deutschen Vermögensschaften der Politik der ÖVP dienstbar zu machen. Aus diesem Motiv der geschlossenen Vereinbarung geht implizite das Interesse des ÖAAB an Verpachtungen deutscher Vermögensschaften hervor.
- 3.) Es hat sich jedoch in der Praxis gezeigt, dass die deutschen Vermögensschaften für die Intentionen des ÖAAB von wirtschaftlichen Standpunkt aus nicht geeignet erscheinen, sodass auch die von Herrn Minister a.D. Nationalrat Dr. Peter Krauland gegründeten Gesellschaften ihre Geschäfte ausschliesslich mit österr. und nicht deutschen Gesellschaften tätigen.

Hintze
2. September 1950

NR Dr. Waldbrunn
Dank für seinen Bericht

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler !

Anschließend erstatte ich einen Zwischenbericht über die derzeitige Situation in der verstaatlichten Industrie :

1.) Allgemeine Bemerkungen :

Seit der Vertagung des Sechserausschusses im Juni nützt Minister Waldbrunner die Zeit in seinem Sinne, indem er wichtige personelle Positionen mit SPÖ - Leuten besetzt. So wurde erst vor kurzem bei der VOEST dem Personalreferenten Dr. GÖRTZ (ÖVP) ein Herr PELZER zur Seite gestellt, der die eigentlichen Entscheidungen trifft. Seinerzeit gab WALDBRUNNER RICHTER-BROM vor dessen Enthebung den Auftrag, keinerlei personelle Veränderungen vorzunehmen; aber sich selbst hält er an diese Richtlinien nicht gebunden. Gen.Dir. FALKENBACH verbot Dr. GÖRTZ, die Veränderungen mitzuteilen ! Er zeigt sich überhaupt als willensloses Werkzeug Waldbrunners, weil er offensichtlich zum endgültigen Generaldirektor bestellt werden möchte. Deshalb weigert er sich auch, wahrscheinlich auf Weisung, den Finanzdirektor Dr. KEMPFER wieder in Dienst zu stellen, obwohl dieser aus der Untersuchung völlig unbelastet hervorging und seine fachlichen Qualitäten voll gewürdigt wurden. Es ist daher die Abberufung Peltzers sowie die Rückgängigmachung aller sonstigen personellen Verschiebungen und überdies die Wiederindienststellung Dr. KEMPFERS noch vor der Rückkehr Dr. JETZERS zu verlangen.

2.) Stand der Untersuchung in Angelegenheit VOEST.

Die Untersuchungskommission, zwischen dem Herrn Kanzler und Min. Waldbrunner vereinbart, war bis 15.9. terminiert. Bis heute liegt aber kein Abschlußbericht vor. Dieser wäre energisch zu verlangen. Der Leiter der

Kommission, Herr WIRHEIM, Vertrauensmann Waldbrunners, ist praktisch der alleinige Motor der Untersuchung, nach dessen Richtlinien auch die Wirtschaftspolizei die Verhöre leitete. Obwohl die Untersuchungskommission zur Überprüfung von vier Exportgeschäften eingesetzt war, untersuchte sie die gesamte Geschäftsgebarung. Dabei wurde die Privatpost, sowie private Tagebücher den Besitzern vorenthalten und sämtliche Telefongespräche abgehört. Herr JETZER, Chef der Exportabteilung, der erst auf Eingreifen des Herrn Kanzlers enthoben wurde, ging und geht bei der VOEST aus und ein, was den anderen Enthobenen untersagt war und ist. Er beeinflusste mittels WIRHEIM den Lauf der Untersuchung. Offensichtlich hatte WIRHEIM von WALDBRUNNER den Auftrag, unter allen Umständen die ÖVP-Leute zu belasten und die Sozialisten zu entlasten. Die merkwürdigen Methoden der Sozialisten mögen drei Beispiele beleuchten. Direktor KEMPFER besitzt seit Jahren, obwohl Reichsdeutscher, einen Identitätsausweis. Auf Weisung Waldbrunners sollte er durch die Kriminalpolizei deshalb zur Verantwortung gezogen werden. Ein boshafter Zufall wollte es jedoch, daß der Polizeidirektor seinerzeit selbst den Auftrag zur Ausstellung des Ausweises gegeben hatte. Dem Ing. WEITZER, der in die Blechangelegenheit verwickelt war, wurde im Gefängnis nahegelegt, er könne sofort frei gehen, wenn er RICHTER-BROM belaste. Sehr aufschlußreich war auch vor Wochen die Falschmeldung über die Verhaftung RICHTER-BROMS im "Wiener Kurier", deren Fäden ebenfalls zu den Sozialisten weisen.

Als die Kommission kein wesentlich belastendes Material fand, verlangte WIRHEIM in ihrem Auftrag, ohne jedoch die ÖVP-Mitglieder zu befragen, von Minister Helmer die Einschaltung der Wirtschaftspolizei. Von dieser verlangte dann Minister Tschadek durch persönliches Eingreifen die Erstattung einer Anzeige an die Staatsanwaltschaft. Obwohl nur ein vorläufiger Bericht vorlag, zwang Minister Tschadek

die Staatsanwaltschaft zur Verhängung der Untersuchungshaft. Es muß gesagt werden, daß ganz unabhängig davon, ob die Person RICHTER-BROMS für die ÖVP in Zukunft tragbar ist oder nicht, ob ihm ein Vergehen nachgewiesen werden kann oder nicht, sich hier ein abgekartetes Zusammenspiel der drei sozialistischen Minister zeigte, das zur gegebenen Stunde in der Öffentlichkeit aufgerollt werden muß und vielleicht die Handhabe bietet, Minister Waldbrunners Selbstherrlichkeit einzuengen. Mein Material stützt sich zum Teil auf diskrete Mitteilungen von Personen, die im Auftrage der Minister handelten und deren Namen ich daher schriftlich nicht preisgeben kann. Auch die Nachtverhöre mit Schweizer Staatsbürgern, deren polizeiliche Vorführung, Paßbeschlagnahmen, etc, sind gerade kein Renomé für Österreich. Abschließend sei bemerkt, daß die Anzeige gegen RICHTER-BROM sich im wesentlichen auf die Zeugenaussage eines gewissen GALIOLI stützt, der seine erste Zeugenaussage dahingehend abschwächte, daß es sich um ein Mißverständnis handeln könne, weil sein Gesprächspartner die italienische Sprache nicht vollkommen beherrsche.

3.) Die ÖVP - Mitglieder der Untersuchungskommission:

Bei Beginn der Untersuchung waren durch Wochen die ÖVP-Vertreter nicht anwesend. Dies konnte erst durch eine Intervention des Herrn Kanzlers erzielt werden. Dann allerdings funktionierte ausgezeichnet Direktor KNOLL. Hingegen muß bei dem Vertreter des Finanzministeriums, Sekt.Chef Dr. WALTER beanständet werden, daß er an den Verhören nie teilnahm und sich fast überhaupt nicht blicken ließ. Er steht völlig unter dem Einfluß der Berichte des Sozialisten WIRHEIM. Der Vertreter der Nationalbank, Herr STAUBER, scheint starke persönliche Bindungen zu besitzen. So ist er mit dem seinerzeitigem Direktor HOFFMANN, der gemeinsam mit Gen.Dir. Ing. KÖRETSCHKA wegen des Schwedengeschäftes enthoben wurde, intim befreundet. HOFFMANN jedoch ist äußerst interessiert an einem belastenden Ausgang der Untersuchung. Er und BEHLORATZKI sind glaublich Freimaurer.

was auch von STAUBER vermutet wird. Daraus erklärt sich, daß die Untersuchung gegen BEHLORATZKI rückhaltender betrieben wird. Ich bitte daher, bei Einziehung persönlicher Informationen sich in erster Linie an den völlig objektiven Direktor KNOLL zu halten.

4.) Flottmachung des Sechserausschusses:
Seine Einberufung war bis zur Stunde nicht möglich, weil seitens der ÖVP keine Einigung in der Frage der Besetzung des dritten Mandates erzielt werden konnte. Ebenso fehlt noch die authentische Interpretation des Parteienabkommens seitens der Bundesregierung, bis zu deren Erlaß sich seinerzeit der Sechserausschuß vertagte. Meine bisherigen Versuche, Minister Waldbrunner zu sprechen, scheiterten an immer neuen Ausreden. Er treibt das alte Spiel, mit den verschiedensten Stellen der ÖVP in Verbindung zu treten und so die Schlagkraft der ÖVP-Fraktion zu schwächen. Daher muß ich bitten, daß Generalsekretär Minister Hurdus ihm offiziell mitteilt, er möge sich in Frage der verstaatlichten Industrie mit mir als Federführenden unserer Fraktion in Verbindung setzen. Ich schlage zu diesem Zwecke eine Aussprache mit dem Herrn Kanzler und Waldbrunner vor.

5.) Das Sekretariat der ÖVP - Fraktion
Da Minister Waldbrunner ein Schreiben von mir in Abschrift an die ÖVP sandte, so will ich dazu folgendes feststellen. Auch hier zeigt sich das Intrigenspiel des gegenseitigen Auspielens der ÖVP-Funktionäre. Ich habe ihm lediglich mitgeteilt, daß die ÖVP-Fraktion ein Sekretariat in der Handelskammer errichtet hat, damit er mir seine Mitteilungen dorthin zukommen lassen kann. Das war berechtigt, weil die SPÖ-Fraktion ihr Sekretariat im Waldbrunner-Ministerium besitzt und auch wir uns ein Sekretariat einrichten können, wo es uns passt. Ein Fehler war vielleicht, daß im Rahmen der Kammer ein ursprünglich nicht vorgesehenes Referat für verstaatlichte Industrie errichtet wurde, das gleichzeitig als

unser Sekretariat in Personalunion dienen sollte. Nur gegen ersteres konnte KOSTROUN protestieren, weil damit die Frage der Zugehörigkeit der verstaatlichten Industrie zur Handelskammer aufgeworfen wurde. Ich schlage daher vor, daß dieses Referat aufgelassen wird, aber das Sekretariat erhalten bleibt. Es geht Herrn Waldbrunner aber schon gar nichts an, ob und wo wir uns ein Sekretariat errichten. In meinem nächsten Brief werde ich die Bemerkung anfügen, daß er sich die Zusendung von Abschriften meiner Briefe an ÖVP-Stellen künftig sparen kann, weil ich das der Einfachheit halber gleich selbst besorgen werde.

6.) Direktorenkonferenz:

Mit der geplanten Einberufung der Direktoren unserer Richtung aus der verstaatlichten Industrie möchte ich noch zwei Wochen zuwarten, weil man den Herren etwas Konkretes sagen muß. Dazu aber ist die sofortige Beendigung der Untersuchung bei der VOEST, die Vorlage des Schlußberichtes und die authentische Interpretation des Parteiabkommens nötig, weil erst auf Grund dieser Fakten die künftige Arbeit des Sechserausschusses festgelegt werden kann. Eine Konferenz ohne dieser Unterlage wäre leeres Gerede und Gejammer.

Zu diesem Zwischenbericht fühlte ich mich, sehr geehrter Herr Kanzler verpflichtet.

Dein

stets ergebener

Wien, den 19. Okt. 1950.



Ergeht an:

Minister Dr. Felix HURDES
Minister Dr. Eugen MARGARETHA
Minister Dr. Ernst KOLB

Minister a.D. Ing. RAAB
Nationalrat BÖCK-GREISSAU
Nationalrat Dr. BOCK
Landeshauptmann Dr. GLEISSNER



Kv VI

39

REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesministerium für Verkehr
und verstaatlichte Betriebe

A.Nr. 3727/50.

Wien, den 28. November 1950.

Sehr geehrter Herr Nationalrat !

Entgegen der von mir ausgegangenen Einladung zur 6. Sitzung des Sechserausschusses am 29. ds., 15 Uhr, sehe ich mich veranlaßt, diese Sitzung abzusagen. Anlaß dazu gibt mir ein Interview, das Sie den Salzburger Nachrichten gegeben haben, die es in ihrer Nummer vom Dienstag, den 28. ds., auf Seite 2 veröffentlichen. Den Wortlaut dieser Veröffentlichung lege ich Ihnen bei.

Ich erkläre mich zu einer Zusammenarbeit im Sechserausschuß außerstande, wenn Mitglieder desselben in dieser Art in der Öffentlichkeit den Sachverhalt in diesem Sektor der wirtschaftlichen und politischen Arbeit der Koalitionsregierung unrichtig wiedergeben. Meiner vor dem Gesetz und vor dem Nationalrat übernommenen Verantwortung werde ich selbstverständlich nachkommen und dabei immer bemüht sein, im Sinne der Koalitionsvereinbarung vorzugehen. Die wider besseres Wissen erfolgten Erklärungen durch Sie machen mir die Verwirklichung dieser übernommenen Pflicht im Rahmen des Sechserausschusses vorderhand unmöglich, so daß ich Sie bitte, die Absage der angesetzten Sitzung zur Kenntnis zu nehmen.

Mit dem Ausdruck der

vorzüglichen Hochachtung

1 Beilage !

Herrn

Nationalrat Dr. Alfred MALEPA,
Österr. Wirtschaftsbund,

Wien, I., Falkestraße 3/Mezz.

=====

1024

Wien, am 28.11.50.

Nationalrat
Dr. Alfred M a l e t a,
W i e n 1.,
Falkestr. 3/Mez.

Herrn
Bundesminister
Ing. Ernst W a l d b r u n n e r,
W i e n 1.

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Ich bestätige des Erhalt Ihrer Mitteilung, dass die morgige Sitzung des Sechserausschusses abgesagt wurde. Da Sie dies, sehr geehrter Herr Minister, mit dem heute in den "Salzburger Nachrichten" erschienenen Interview begründen, so erlaube ich mir hierzu folgendes festzustellen:

Da die "S.N." die irreführende, unrichtige Mitteilung brachten dass ich die bei der Voest in Untersuchung gezogene Leitung verteidigte, so legte ich auf eine Richtigstellung Wert. Aus diesem Grunde übergab ich dem Wiener Redakteur der "S.N." das Original der Rede mit dem Ersuchen um eine Kommentierung und gleichzeitige Richtigstellung. Ich habe daher weder ein Interview gegeben, noch sind die mir in den Mund gelegten Äusserungen tatsächlich gefallen. Ich habe sogar ausdrücklich gebeten, von einem Interview Abstand zu nehmen. Überdies konnte ich bereits feststellen, dass die Veröffentlichung nicht einmal dem von der Wiener Redaktion übersandten Bericht zur Gänze entspricht. Da somit dieser Zwischenfall hinlänglich aufgeklärt erscheint, so steht der Einberufung des Sechserausschusses sicherlich nichts mehr im Wege.

Aber selbst dann, wenn die mir in den Mund gelegten Äusserungen tatsächlich gefallen wären, so würde dies kein Grund für eine Absage der Sitzung sein, weil jedem Staatsbürger das Recht der freien Meinungsäußerung zusteht. Es könnte sonst in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, dass nur ein Vorwand für eine willkommene Absage der Sitzung gesucht wurde, eine Auffassung, die ich nicht ungeprüft teilen möchte.

Aber selbst dann, wenn Sie, sehr geehrter Herr Minister, einige meiner Äusserungen im Budgetausschuss als zu scharf empfunden haben sollten, so darf ich Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, dass diese Äusserungen, abgesehen von ihrer sachlichen Begründung, eine nicht bei mir liegende Ursache haben,

Ich stelle fest, dass ich dem Ministerium, seitens des Generalsekretariates der ÖVP als legitimierter Sprecher gemeldet wurde. Trotzdem haben Sie mich nie zu einer Aussprache empfangen und dies schon lange, bevor irgendwelche scharfe Äusserungen meinerseits hierfür einen Anlass hätten bieten können.

Ich stelle fest, dass der gesamte Schriftwechsel des Ministeriums in Angelegenheit des Sechserausschusses nie an mich allein gerichtet wurde, sondern gleichzeitig an alle Mitglieder des Ausschusses, sowie auch an andere Funktionäre der Partei. Sie werden verstehen, sehr geehrter Herr Minister, dass dies den Eindruck hervorruft, hinter all diesen Massnahmen liege eine bestimmte Absicht. Es entspricht jedoch einem ungeschriebenen Gesetz, dass unter Gesprächspartnern jeder unbeeinflusst seine eigenen Sprecher bestimmt. Ich bin überzeugt, mit Ihnen einer Meinung zu sein, dass dies allein die einzig mögliche Basis für demokratische Verhandlungen ist.

Abschliessend möchte ich noch bemerken, dass wir in der ersten Sitzung des Sechserausschusses mündlich übereinkamen, monatlich mindestens eine Besprechung abzuhalten, und auf Wunsch eines Mitgliedes auch zusätzliche Sitzungen vorgesehen waren. Es entspricht diese Praxis auch dem Sinne der Koalitionsvereinbarung, weil sonst jederzeit, entgegen dem Interesse meiner Partei, der Ausschuss lahmgelegt werden könnte. Ich bitte daher im Namen der ÖVP-Fraktion um rasche Bekanntgabe eines baldigen neuen Termines.

Selbstverständlich habe ich den Herrn Bundeskanzler von der neuen Situation informiert und in Anlehnung an gegebene Vorbilder dieses Schreiben abschriftlich auch dem Herrn Vizekanzler übermittelt.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Dr. Maleta e.h.

Abschriften dieses Schreibens ergingen an:

Nationalrat Böck-Greissau,
Kammerrat Köck
Nationalrat Dr. Fritz Bock,
Minister, Ing. Julius Raab
Bundeskanzler Ing. Leopold Figl
Vizekanzler Dr. Erwin Schärf

Abschrift 1

Aus "Salzburger Nachrichten" vom Dienstag, den 28. November 1950.
Seite 2.

Maleta: Mehr Härte gegen Sozialisierung.

Wien (SN). Die ÖVP kann die bisherige Politik Minister Waldbrunner, der die verstaatlichten Betriebe als Machtapparat der SPÖ benützt, nicht mehr länger hinnehmen", erklärte Hr. Dr. M a l e t a dem Vertreter der "S.N.". Maleta hat in der letzten Woche offiziell das in Wien neu errichtete Büro für die verstaatlichten Betriebe als Beauftragter der Ö.V.P. übernommen. Minister Waldbrunner werde "zur Einhaltung des Koalitionspaktes und damit zur Änderung seiner Politik in den Staatsbetrieben gezwungen" werden. Die SPÖ sei darüber aufgeklärt worden, "daß der aufrichtige Wunsch der ÖVP, die Koalition weiterzuführen, nur dann in Erfüllung gehen könne, wenn sich die SPÖ in Zukunft bei der Durchsetzung sozialistischer Ideen auf jenes Ausmaß beschränkt, das ihrem Anteil an Wählerstimmen entspricht."

Als erster Schritt in dieser Richtung sei für Mittwoch erstmals seit vielen Monaten der Sechserausschuß beim Waldbrunner-Ministerium einberufen worden, zu dessen Beschlüssen sich der Minister laut Koalitionsabkommen in allen politischen Fragen zu halten habe. Das bisherige Nichtfunktionieren dieses Ausschusses habe Minister Waldbrunner benützt, um in den verstaatlichten Betrieben eine extreme sozialistische Personal- und Wirtschaftspolitik zu führen.

Die Sitzungen des Sechserausschusses sollen in derart rascher Folge abgehalten werden, daß innerhalb der nächsten Monate alle schwebenden Fragen der verstaatlichten Betriebe geklärt werden. Daneben soll auch das längst fällige Entschädigungsgesetz in Angriff genommen werden.

Kv VI
Nationalrat
Dr. Alfred M a l e t a,
W i e n 1.,
Falkestr. 3/Mez.

40
Wien, am 9.12.50.

Herrn
Bundesminister
Dr. Karl G r u b e r,

W i e n 1.,
Ballhausplatz.

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

L i e b e r F r e u n d !

Rückkommend auf unsere mündliche Aussprache, erlaube ich mir die wesentlichen Punkte für die Parteienbesprechung anzuführen:

- 1.) Der Koalitionspakt enthält keine Bestimmung, dass Sitzungen des Sechserausschusses jederzeit auf Wunsch einer Fraktion einberufen werden müssen. Es wurde dies wohl als eine Selbstverständlichkeit angesehen. Da aber Minister Waldbrunner jede Lücke für seine Verzögerungstaktik benützt, so müsste dies sofort bereinigt werden.
- 2.) Der Sechserausschuss hatte sich im Juni dieses Jahres vertagt, weil eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit über die Auslegung des Proporz, die unüberbrückbar blieb, entstanden war. Gemäss der Schlussbestimmung des Koalitionspaktes wurde die Bundesregierung um Erlassung einer authentischen Interpretation gebeten und bis zu diesem Zeitpunkt der Ausschuss vertagt. Auch das ist eine wesentliche Schwierigkeit für mich mit Waldbrunner ins Gespräch zu kommen. Der Herr Bundeskanzler hatte auf meine Bitte allerdings die Klärung dieses Punktes auf die Tagesordnung der derzeit laufenden Parteienbesprechungen gesetzt; da aber bis jetzt andere Punkte für dringlicher gehalten wurden, so bin ich in meiner Arbeit lahmgelegt. Ich bitte daher um eine rascheste Erledigung, weil mir der Vorwurf gemacht wird, dass der Ausschuss nicht funktioniert.

Es handelt sich um folgende Meinungsverschiedenheit. Der Koalitionspakt enthält die Bestimmung, dass die Vorstände und Aufsichtsräte nach dem Proporz zu bestellen sind. Dann heisst es weiter, dass auch die Generaldirektoren und Präsidenten dem Proporz zu entsprechen haben. Nach unserer Auffassung gebührt also der Volkspartei auch in jenen Vorständen und Aufsichtsräten die Majorität die sozialistische Generaldirektoren und Präsidenten haben; während nach Meinung Waldbrunners in solchen Betrieben die Majorität der SPÖ zufallen soll. Er versucht allerdings ein Kompromiss, dass in paritätischen Zweiertvorständen bestehen soll. Nähere Verhandlungen haben aber noch nicht stattgefunden.

Ich bitte Dich daher, sehr geehrter Herr Minister, dahin zu wirken, dass diese seit Juni offene Frage, die meine ganze Arbeit lahmlegt, endlich bereinigt wird.

Mit herzlichem Gruss
Dein ergebener

1028